

Chronik der Kriegsfinanzen

Auf die 7. deutsche Kriegsanleihe waren bis zum 23. Oktober, vier Tage vor dem ersten Pflichtzahlungstermin 9220 Mill. M., d. h. 74,2 % des vorläufigen Ergebnisses von 12,4 Milliarden eingezahlt worden. Bei der Reichsbank ging nach dem Ausweis vom 23. Oktober der Bestand an Wechseln und Schatzanweisungen um 461,8 Mill. M. auf 11 543,1 Mill. M. zurück. Der Betrag der umlaufenden Noten verringerte sich um 157 Mill. auf 10 138,7 Mill., der der fremden Gelder um 207,6 Mill. auf 5735,4 Mill. M. Im Vorjahre war in der dritten Oktoberwoche die bankmäßige Anlage um 136,9 Mill. M. gestiegen. Bei den Darlehnskassen ist eine Abnahme des Darlehnsbestandes von 6584,1 auf 6537,6 Mill. M. zu verzeichnen. Die Reichsbank weist eine Abnahme des Bestandes an Reichs- und Darlehnskassenscheinen um 9,7 Mill. M. aus. Sie hatte an die Darlehnskassen 46,5 Mill. M. zurückzuzahlen. Aus dem Verkehr sind ihr 35,8 Mill. M. zugeflossen, während im Vorjahre 34,6 Mill. M. ausgegeben werden mußten. Der Bestand an Silber hat sich um 6,2 auf 109,4 Mill. M., der Bestand an Gold um 194 000 auf 2404,4 Mill. M. erhöht.

Das Reichsschatzamt gibt bekannt, daß keine endgültigen Beschlüsse über irgendeine Form der künftigen Besteuerung gefaßt seien. Alle Kombinationen über Steuerprojekte und Monopolpläne „greifen den Tatsachen vor“. Es gäbe keine Steuer und kein Monopol, das nicht zunächst einer theoretischen Erörterung unterzogen würde.

Der Kriegsauschuß der deutschen Landwirtschaft hat den ihm angeschlossenen Körperschaften einen Beschluß unterbreitet, in dem die Einführung eines Getreidemonopols grundsätzlich abgelehnt wird. Da dieses Monopol die Erzielung höherer Einnahmen, als sie dem Reich durch die Getreidezölle zufließen, zum Ziel haben müßte, so wäre eine Verteuerung von Brot und Mehl, oder aber eine Senkung des inländischen Getreidepreises unter die Erzeugungskosten die Folge. Die Beibehaltung der staatlichen Bewirtschaftung darf nach Ansicht des Ausschusses für den Getreideverkehr nur für eine kurze Übergangszeit empfohlen werden. Schon während des Krieges sei ein Abbau der staatlichen Zwangswirtschaft vorzunehmen. Sollte das Monopol dennoch eingeführt werden, so fordert der Ausschuß seine zeitliche Begrenzung und eine weitgehende Vertretung der Landwirtschaft in der Monopolverwaltung. Eine Vertretung in dieser Verwaltung soll auch dem Müller- und Bäckereigewerbe sowie dem Handel gewährt werden.

*

Österreich legt eine 7. Kriegsanleihe auf: 5 $\frac{1}{2}$ proz. steuerfreie amortisierbare Staatsanleihe und 5 $\frac{1}{2}$ proz. steuerfreie, am 1. März 1926 rückzahlbare Staatschatzscheine. Die Staatsanleihe ist durch Auslösung in den Jahren 1923 bis 1957 zu tilgen. Der Zeichnungspreis beträgt für die Staatsanleihe 92,5 %, für die Staatschatzscheine 94,5 %. Auch eine ungarische Anleihe wird Anfang November zur Zeichnung aufgelegt werden. Der Typus wird wiederum eine 6proz. und eine 5proz. nicht amortisierbare Rente sein mit besonderen Vergünstigungen bei der Zahlung der Vermögenssteuer.

Die Veröffentlichung eines Status der österreichisch-ungarischen Bank steht bevor. Seit Kriegsausbruch ist die Bank von der Verpflichtung entbunden, Ausweise zu veröffentlichen. Der Notenumlauf wird von sachverständiger Seite auf 15 Milliarden Kronen geschätzt. Der Ausweis soll in einer Generalversammlung der Bank, vermutlich Anfang Dezember, bekannt gegeben werden.

*

Die ordentlichen Einnahmen Großbritanniens betragen in der zweiten Oktoberwoche 8,2 Mill. £ (gegen die

Vorwoche eine Verringerung um 11,7 Mill. £). Die Einkommensteuer und Grundsteuer blieben mit 0,9 Mill. £ hinter der Vorwoche (3,9 Mill. £) sehr stark zurück. Die Kriegsgewinnsteuer erbrachte 3,7 Mill. £, Zölle und Verbrauchssteuer 2,2 Mill. £. An Ausgaben wurden verrechnet 46,7 Mill. £. Auf budgetmäßige Ausgaben entfallen davon 44,6 Mill. £. Der Tagesdurchschnitt beträgt also 37 Mill. £. Das Schatzguthaben erhöhte sich durch eine Zuweisung von $\frac{1}{2}$ Mill. £ auf 18,9 gegen 34,5 Mill. £ vor einem Jahr.

Die Nettoverkäufe von Schatzscheinen betragen 16,6 Mill. £. An zeitweiligen Vorschüssen wurden 3 $\frac{1}{2}$ Mill. £ zurückgezahlt. Die Kriegssparzertifikate erbrachten 900 000 £, die neuen Kriegsbonds 7,8 Mill. £. In dieser Zahl ist aber ebensowenig wie in der vorwöchigen (6,2 Mill. £ für 4 $\frac{1}{2}$ Tage) die Summe der von Aktien- und Privatbanken verkauften Bonds mitenthalten. Nach englischen Zeitungsmeldungen sollen bis zum 20. Oktober auf die neuen Bonds bei sämtlichen Zeichenstellen 56,2 Mill. £ gezeichnet sein.

Der Ausweis der Bank von England vom 25. ds. Mts. zeigt eine erhebliche Abnahme der Privatguthaben von 132,1 auf 124,2 Mill. £, des Wechselportefeuilles von 100,4 auf 90,6 Mill. £. Auch die übrigen Posten des Ausweises zeigen, wenn auch unerhebliche Rückgänge: der Barvorrat von 56,0 auf 55,5, das Staatsguthaben von 59,2 auf 59,0 Mill. Der Notenumlauf blieb mit 41,6 Mill. £ stationär.

Der Umlauf an Staatspapiergeld stieg in der dritten Oktoberwoche von 166,3 auf 167,1 Mill. £, der Umlauf an Kriegssparzertifikaten von 17,9 auf 18,1 Mill. £.

England dringt in den Vereinigten Staaten auf neue Versuche, um den Stand des Sterlingkurses zu bessern, ohne jedoch bei den Nordamerikanern auf viel Geneigtheit zu stoßen. Da das Pfund Sterling in New York infolge des englisch-amerikanischen Abkommens verhältnismäßig höher bewertet wird als an den neutralen Plätzen, ist es vorteilhaft, englische Zahlungen an das Ausland über New York zu leiten. Der New Yorker Finanz scheint aber die Zentralisierung des internationalen Zahlungsverkehrs in New York die Schäden einer Verschlechterung der amerikanischen Zahlungsbilanz aufzuwiegen.

Auf seltsame Verhältnisse im englischen Zahlungsverkehr deutet eine amtliche Bekanntmachung, in der es heißt: „Das englische Schatzamt erinnert das Publikum daran, daß es sich nach den Gesetzen strafbar macht, wenn es Gerüchte verbreitet, durch die das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Bank- und die Staatsnoten untergraben wird. Diese Noten sind gesetzliche Zahlungsmittel in allen Teilen des Königreichs.“

*

Das wichtigste Ereignis der Woche auf finanziellem Gebiet war die Ankündigung der neuen französischen Rentenanleihe. Man hatte lange diskutiert, ob man einen 5 %, 5 $\frac{1}{2}$ %, 5 $\frac{3}{4}$ % oder 6 %igen Typus wählen sollte. Schließlich hat sich der Finanzminister Klotz für die Ausgabe einer 4 %igen amortisierbaren Rente entschieden, die zu einem Kurse unter 70 % gegeben wird und also neben einer 5,8 %igen Realverzinsung einen erheblichen Amortisationsgewinn und hohes Spekulationsinteresse verbürgt. Es scheint nötig gewesen zu sein, dem Publikum ganz besondere Anreize zu bieten. Der Verlauf der russischen Revolution, der die Sicherheit der von den französischen Sparern geliehenen Milliarden in Frage stellt, hat eine Atmosphäre der Beunruhigung geschaffen, die für Anleihetransaktionen ebenso wenig günstig ist wie die Kriegslage. Der Betrag der neuen Anleihe ist auf 10 Milliarden begrenzt worden, vermutlich, um in jedem Fall eine Aberzeichnung aufzuweisen zu können. Die

früheren 5 %igen Kriegsanleihen sowie die 3½ %ige Rente und die im Februar fälligen Zinsscheine der Kriegsanleihen (zum doppelten Nennwert) sind in den neuen Typus umtauschbar.

Die Zeichnungen mittels Umtausch von Bons und Obligationen der Landesverteidigung können nicht gekürzt werden. Sollten diese Zeichnungen 9 Milliarden übersteigen, so soll der Finanzminister das Recht haben, den Anleihebetrag um den vollen Betrag dieser Zeichnungen zu erhöhen. Der zu bildende Tilgungsfonds (Höchstbetrag 180 Mill. Frs.) soll zu Tilgungskäufen der neuen Anleihe (zum Ausgabekurs, zuzüglich der Zinsen) sowie der 5 %igen Anleihen zum Kurs von 87½ verwendet werden. Die Anleihe wird zum Ausgabekurs bei der Entrichtung der Kriegsgewinnsteuer in Zahlung genommen, die 5 %ige Anleihe zum Kurs von 87½, wenn sie seit dem 24. Oktober im Besitz des Steuerpflichtigen ist. Die Anleihe ist bis 1943 unkündbar.

Das Anleiheprojekt der Regierung ist in der Budgetkommission der Kammer genehmigt worden. Die Kommission verwarf aber die Zulassung der im Februar fälligen Coupons der 5 %igen Anleihen als Zeichnungsmittel, um spekulative Couponkäufe zu verhindern, und setzte fest, daß dem Tilgungsfonds monatlich statt 30 Mill. Frs. der doppelte Betrag überwiesen werden soll.

Die erste französische Kriegsanleihe hatte nominell 15,13 Milliarden Frs. erbracht. Diese Summe schloß aber nur 6,36 Milliarden Barzeichnungen ein. Der Rest stammte nicht nur aus dem Umtausch von Nationalverteidigungsbons, sondern auch von Nationalverteidigungs-Obligationen und älterer Staatsrente. Der Ausgabekurs war 88 %. Die zweite Kriegsanleihe, die gleich der ersten 5 prozentig war, wurde zu 87½ % begeben. Das Zeichnungsergebnis stellte sich auf 12,63 Milliarden Frs. Bei dieser Anleihe war die „ewige“ 3 %ige Rente vom Umtausch ausgeschlossen. Bei der ersten Anleihe waren auf diese 1,45 Milliarden Umtauschzeichnungen entfallen.

Wie nötig die Abbürdung der schwebenden Schuld geworden ist, zeigt die Tatsache, daß die Bank von Frankreich dem Fiskus bisher 12⅓ Milliarden, den Verbündeten etwa 3 Milliarden Frs. Vorschüsse gewähren mußte. Der Notenumlauf erreicht fast 22 Milliarden Frs.

Infolge der Ankündigung der neuen Anleihe wurde am 26. Okt. aus Paris starker Verkaufsandrang gemeldet. Der Kurs der 3 %igen Rente war am 25. 65,62. Am 26. war der Kurs auf 61,75 gesunken, am 27. auf 61,50, am 29. auf 61,25.

Der Ausweis der Bank von Frankreich v. 25. Oktober weist eine Vermehrung der Vorschüsse an den Staat um 100 Mill., der Vorschüsse an Verbündete um 5 Mill. Frs. auf. Die Guthaben im Auslande verringerten sich um 65,8 Mill. Frs. Der Notenumlauf erhöhte sich um weitere 25 Mill. Die Summe der fremden Gelder verringerte sich um 10 Mill. Frs., indem das Guthaben des Staatsschatzes um 15,9 Mill. wuchs, das der privaten aber um 26 Mill. abnahm. Das Guthaben des Staatsschatzes beträgt jetzt nicht mehr als 52 Mill. Frs.

Das Abkommen über die Verlängerung des Privilegs der Bank um weitere 25 Jahre ist zustande gekommen. Das Notenkontingent beträgt zurzeit 24 Milliarden, die Höchstgrenze der dem Staat zu leistenden Vorschüsse 15 Milliarden. Das Privileg läuft erst Ende 1920 ab. Die vorzeitige Verlängerung wird auf den Wunsch zurückgeführt, Debatten über die Umwandlung der Bank in ein reines Staatsinstitut zu verhindern.

*

Um dem Kreditbedarf der russischen Städte abzuwehren, beabsichtigt die russische Regierung, eine Staatsbank für Nationalkredit zu schaffen, die die Deckung der kommunalen Kriegslasten durch Gewährung langfristiger Kredite ermöglichen soll.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ wird ferner ein Gesetz vorbereitet, durch das die russischen Effektensteuern erhöht und neue Abgaben auf Emissionen, Börsenumsätze sowie neue Zinsschein- und Dividendenbelastungen geschaffen werden.

Der Notenumlauf der russischen Staatsbank stieg in der zweiten Oktoberwoche auf 629 Mill. Rbl. In der dritten Oktoberwoche hat sich der Notenumlauf um 568 Mill. auf 17,9 Milliarden Rbl. erhöht. Der Bestand an Schatzscheinen ist um 382 Mill. auf 14,5 Milliarden Rbl. gestiegen. Das Konto der Freiheitsanleihe erscheint nach längerer Unterbrechung wieder mit einem Betrag von 1349 Rbl.

Das Goldagio in Petersburg soll von Anfang August bis Mitte September von 24 auf 50 Rbl. gestiegen sein.

Die Zeichnungen auf die Freiheitsanleihe werden von Anfang April bis Mitte Oktober auf 4 Milliarden Rbl. angegeben.

Eine französische Meldung spricht von der Ausgabe von Schatzscheinen zu 20 und 40 Rbl., die zugleich als obligatorische Zahlungsmittel dienen sollen.

Die Gründung neuer Banken schreitet trotz der beispiellosen Krise fort. Die „Agence Economique“ berichtet von der Gründung einer Russisch-Armenischen Bank mit einem Kapital von 20 Mill. Rbl. und Filialen im Kaukasus und in Armenien, sowie einer anderen Bank mit 5 Mill. Rbl. Kapital und einer Zweigniederlassung in Buchara.

*

Die holländische Regierung hat eine Vorlage eingebracht, um eine 4½ %ige niederländische Staatsanleihe von 500 Mill. Fl. aufzunehmen. Der Entwurf enthält auch die Ermächtigung für eine Zwangsanleihe, die aufgelegt werden soll, wenn die jetzige Anleihe weniger als 400 Mill. Fl. erbringt. Nach einer Berechnung der Regierung werden die Kriegsausgaben der Niederlande im Mai des nächsten Jahres 1 Milliarde Fl. betragen.

*

Nach einer New Yorker Meldung erwartet man dort ein Zeichnungsergebnis von 5 Milliarden \$ Old Glory Loan. Auch diese Anleihe trägt 4 % Zinsen; sie hat eine Lauffrist von 15 Jahren.

Der Verwalter für das feindliche Eigentum erklärt, daß er alle Guthaben und das sonstige Eigentum feindlicher Ausländer in Händen von Amerikanern, das auf mehrere hundert Mill. \$ geschätzt wird, in der Freiheitsanleihe anlegen werde.

Nach einer Meldung der Morning Post sollen 14 Mill. £ Sterling, die deutschen Staatsangehörigen gehören, beschlagnahmt werden, um in der Kriegsanleihe angelegt zu werden. Vermutlich bezieht sich diese Meldung auf die angeführte Erklärung des amerikanischen Treuhänders.

Die Agitation für den Anschluß der dem Reservestem bisher fernstehenden großen Trustbanken wird vom Bundes-Reserveamt fortgesetzt. Auch die New Yorker Trustgesellschaften scheinen jetzt dem Ruf folgen zu wollen. Man glaubt, daß dadurch die Barbestände (cash resources) des Reservestemms von 600 auf 720 Mill. \$ steigen werden; die Reservebanken seien also in der Lage, ihre Ausleihungen auf 8 Milliarden \$ zu erhöhen.

Nach einer Meldung des Daily Telegraph beliefen sich die von der amerikanischen Regierung an die Verbündeten gewährten Kredite auf 542 Mill. £ Sterling. Es scheint, daß man in Washington erwägt, diesen Weg der Kriegsfinanzierung zu verlassen und es den Verbündeten anheimzustellen, ihre Kriegsaufträge wie früher mit privaten Krediten zu finanzieren. Es scheint auch geplant zu sein, auf die Fabrikanten von Kriegsgütern für die Verbündeten einen Druck auszuüben, damit diese langfristige Kredite gewähren.

Aber die Tragfähigkeit der amerikanischen Finanzen schreibt der schwedische Nationalökonom Prof. Gustav Cassel: „Das Budget ab 1. 7. beläuft sich auf 10 736 Mill. \$; rechnet man die Darlehen an die Verbündeten hinzu, so kommt man auf 15 bis 16 Milliarden \$. Solche Summen können nur durch eine starke Verwässerung der amerikanischen Währung aufgebracht werden. Alles deutet auch darauf hin, daß eine solche bevorsteht. Eine Steigerung der Produktion ist dagegen kaum wahrscheinlich; die Erzeugung von Roheisen ist sogar etwas zurückgegangen. Darlehen kann man zwar im Lande noch aufnehmen, aber nur mit Hilfe der Banken, d. h. durch künstliche Steigerung der Bankzahlmittel. Die Kriegsfiananzierung wird zweifellos den Vereinigten Staaten größere Schwierigkeiten bereiten, als man sich gedacht hat. Die künstliche Schaffung von Zahlungsmitteln wird die Warenpreise in einer für die große Masse fühlbaren Weise steigern: dazu kommen die Einkommen- und Kriegsgewinnsteuern, die mit 1400 Mill. \$ veranschlagt werden. Auch die großen Gesellschaften müssen recht erhebliche Summen zahlen; Bethlehem

Steel 25 Mill., Du Pont Powder 36 Mill., der Stahltrust 77 Mill. \$. Unter diesen Umständen dürfte der Krieg erheblich an seiner Volkstümmlichkeit in Amerika eingebüßt haben, und die Neigung des Verbandes zur Fortsetzung des Krieges dürfte etwas gedämpft werden, wenn sich herausstellt, daß Amerika finanzielle Hilfe nicht so wirksam ist. Vielleicht wird auf diese Weise die Unmöglichkeit der längeren Fortsetzung des Krieges sich mit solcher Stärke geltend machen, daß sie die technische Unmöglichkeit der Hemmung der Kriegsmaschinerie überwindet; sicher ist es aber keineswegs, denn zweifellos ist die Fortsetzung des Krieges wirtschaftlich möglich.“

Das amerikanische Schatzamt soll Mexiko 15 Mill. \$ Gold unter der Bedingung der Aufhebung des Ausfuhrverbots für alle Edelmetalle mit Ausnahme von Gold überlassen haben. Vermutlich soll durch diese Maßnahme der Steigerung des Silberpreises entgegengearbeitet werden, der inzwischen weiter auf 41–42 d gefallen ist.

—ks—

Vermischtes

Die Margarinefabrikation in England. Wie der „Economist“ v. 29. Sept., dem wir die nachstehenden Ausführungen entnehmen, mitteilt, deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß die Kunstbutter-Industrie in England während des Krieges befriedigende Fortschritte gemacht hat. Ein Blick auf die Einfuhrstatistik beleuchtet die Lage und zeigt zugleich, daß sowohl die Industrie, wie auch die Erzeugung von vegetabilischen Ölen noch weiter sehr steigerungsfähig wäre, wenn die gegenwärtig sich bietenden günstigen Gelegenheiten voll ausgenutzt würden.

Die nachstehende Tabelle über die Einfuhr von Butter in den beiden Jahren vor dem Kriege zeigt den starken Rückgang der Zufuhren an Butter, die in steigendem Maße durch Margarine ersetzt wurde, sowie ihre Verteuerung:

Einfuhr von Butter, anschließend Wiederausfuhr			
Jahr	cwt	Wert in £	Per cwt (s)
1912	3 886 138	23 639 097	126/6
1913	4 033 358	23 408 984	116/5
1914	3 893 029	23 594 128	120/7
1915	3 806 743	26 704 308	140/3
1916	2 145 267	18 731 634	174/6

Mit 1913 verglichen fand im Jahre 1916 eine um 46 % verringerte Einfuhr statt, gleichzeitig vollzog sich eine Wertsteigerung um 50 %. In der Regel kamen 75 % aller aus dem Auslande eingeführten Butter aus Dänemark, Rußland und Schweden und nur 25 % aus britischen Besitzungen, Australien und Neuseeland.

Die Statistik über die Einfuhr von Margarine für den gleichen Zeitraum zeigt folgendes Bild:

Einfuhr von Margarine*), ausschließlich Wiederausfuhr			
Jahr	cwt	Wert in £	Per cwt (s)
1912	1 346 474	3 497 571	51/9
1913	1 510 122	3 896 008	51/6
1914	1 520 462	3 954 091	52/—
1915	2 049 137	5 742 285	56/—
1916	2 743 434	8 951 889	65/3

*) exkl. Oleo-Margarine.

Mit Ausnahme von 30 000 cwt in Friedensjahren und 14 000 cwt im Jahre 1916 kam die ganze Einfuhr aus den Niederlanden. Es fand eine Zunahme im Gewicht um 81 % statt, gleichzeitig erfolgte eine Wertsteigerung um 25 %. Die Ausfuhr von in England hergestellter Margarine war so gering, daß sie kaum erwähnt zu werden verdient. Im Jahre 1913 belief sie sich auf 25 712 cwt und 1916 gar nur 21 676 cwt. Merk-

würdigerweise verteilt sie sich über große ausländische Gebiete und die Kolonien.

Wenn Butter und Margarine zusammengefaßt werden, so führte England in 1916: 244 435 t gegen 277 174 t im Jahre 1913 ein. Diese Zahlen zeigen einen Rückgang um 32 739 t. Es kann aber angenommen werden, daß der Verbrauch an beiden Nahrungsmitteln nicht wesentlich abgenommen hat, wenn es überhaupt der Fall war. Vielmehr ist die Annahme gerechtfertigt, daß der Rückgang in der Butter-, Schmalz- und Rochfetteinfuhr durch eine gesteigerte Verwendung von Margarine, die sich wegen ihrer verhältnismäßigen Billigkeit einer gesteigerten Beliebtheit erfreut, ausgeglichen worden ist.

Die gesteigerte Herstellung von Margarine aus Pflanzenölen und -fetten, seltener auch aus animalischen Fetten, die ungeheure Verbesserung in der Herstellung und das bessere Verständnis für die Art ihrer Zusammensetzung haben das Vorurteil gegen ihren Gebrauch, das früher bestand, völlig überwunden. Es wird behauptet, daß der Durchschnittsverbrauch im Vereinigten Königreich pro Woche 5000–6000 t beträgt; reichlich die Hälfte davon wurde im vorigen Jahr, wie vorstehende Tabelle zeigt, eingeführt. Es besteht aber kein Hindernis, alle in England gebrauchte Margarine auch im eigenen Lande herzustellen, und kein Grund, aus dem sich England nicht vom größten Importeur zum großen Exporteur wandeln könnte. Im britischen Reiche sind große Mengen von Rohstoffen vorhanden, z. B. Baumwollsaamen, Erdnüsse, Sesam, Rapz, Kokosnüsse, Palmkerne und andere Ölfrüchte.

Seit Ausbruch des Krieges hat die Einfuhr von Palmkernen bedeutend zugenommen, da Deutschland, das dieses Produkt früher aufnahm, jetzt als Abnehmer ausscheidet. Kürzlich sind Erdnüsse, da sie sich besonders zur Margarineherstellung eignen, in so großen Mengen eingeführt worden, daß sie jetzt 1/3 der Gesamteinfuhr von Ölfrüchten bilden; auch Sesam wird benutzt. Es ist zu hoffen, daß sich auch ein guter Markt für die Rückstände findet, was zur gewinnbringenden Ausnutzung der Erdnüsse, wie überhaupt aller Ölsaamen, erforderlich ist. „Es wirft kein gutes Licht auf unsere Ölmühlenindustrie,“ bemerkt der „Economist“, „daß England in normalen Zeiten eine bedeutende Menge Ölsamen einfuhrte und nur wenig ausgeführt hat. 1913 betrug die Einfuhr an Ölsamen in das Vereinigte Königreich 403 842 t im Werte von 2 1/2 Mill. £. Die Ausfuhr belief sich dagegen nur auf 53 448 t, was eine Passivität von über 2 Mill. £ ergibt. Dieses ungünstige Verhältnis ist darauf zurückzuführen,